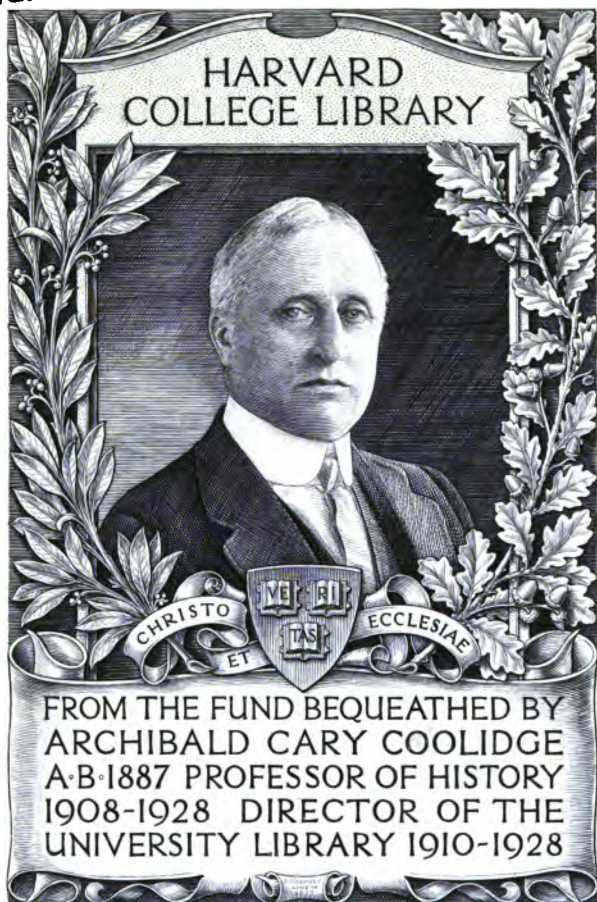


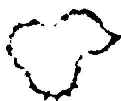
Lazarus · An die deutschen Juden · 1887


HARVARD
COLLEGE LIBRARY
CHRISTO
ET
ECCLESIAE
VE
RI
TAS
FROM THE FUND BEQUEATHED BY
ARCHIBALD CARY COOLIDGE
A·B·1887 PROFESSOR OF HISTORY
1908-1928 DIRECTOR OF THE
UNIVERSITY LIBRARY 1910-1928

An die deutschen Juden.

Von

Prof. Dr. M. Lazarus.



Zweite Auflage.



Berlin 1887.
Verlag von Walther & Apolant
Markgrafenstraße 60.

An die deutschen Juden.

Von

Prof. Dr. M. Lazarus.

Zweite Auflage.



Berlin 1887.
Verlag von Walther & Apolant
Markgrafenstraße 60.

Am 2. Dezember des Jahres 1879 bin ich, so viel ich weiß als der erste, hier in Berlin gegen die antisemitische Bewegung mit einem Vortrage: „Was heißt national?" aufgetreten; mit wissenschaftlichen Gründen habe ich das irrige und nichtige Vorurtheil bekämpft, als ob die deutschen Juden von der Gesammtheit des deutschen Volkes wie eine nationale Besonderheit verschieden wären. Ich habe auf's Strengste zu beweisen gesucht, daß wir Juden trotz unserer verschiedenen Abstammung zur deutschen Nation gehören, National-Deutsche sind.

Von Niemandem, weder einer Körperschaft noch einem Einzelnen, war ich dazu gerufen; ich folgte nur der Stimme meines Gewissens um als Deutscher und als Jude meine Pflicht zu erfüllen. Darauf wurde das Bedürfniß gegen den Antisemitismus mit vereinigten Kräften anzukämpfen vielseitig empfunden. Die Berathungen verschiedener jüdischer Kreise — ohne mich und mit mir — eine Organisation dafür zu schaffen, waren aber alle im Sande verlaufen. Die Lauheit der Gesinnung und die Vielspältigkeit der Meinungen lastete schwer auf meiner Seele. Denn fast ein Jahr war verstrichen seit die Wogen der feindlichen Agitation hoch

und höher gingen, bei uns Juden aber war es nicht zu irgend einer That, zu irgend einem Widerstand oder auch nur zu irgend einer Kundgebung gekommen. Da „faßte ich mein Herz in meine Hände“ und berief, ich allein, auf den 1. Dezember 1880 eine Versammlung von etwa 200 notablen jüdischen Männern, um Rath zu schaffen. Ein Comité von 28 Mitgliedern wurde hier eingesetzt, welches eine größere Versammlung von 6—700 Mitgliedern der jüdischen Gemeinde ausschrieb. In dieser Versammlung habe ich, jetzt im Auftrage des Comités vom 1. Dezember, die Ziele und Wege unserer gemeinsamen Thätigkeit gegen die judenfeindliche Agitation dargelegt.

„Nach dem Schluß dieses Vortrages wurde folgende Resolution beantragt und einstimmig angenommen:

„Die Versammlung spricht ihre Zustimmung zu den vom Vorsitzenden entwickelten Gedanken aus. Sie erhebt entschiedenen Einspruch: 1. gegen den in der Agitation der sogenannten Antisemiten immer wieder gemachten Versuch, die Gesammtheit der deutschen Juden für Tactlosigkeiten und Vergehen Einzelner verantwortlich zu machen; 2. gegen das unwürdige Bestreben, die deutschen Juden als eine außerhalb der Gesammtheit des deutschen Volkes stehende nationale Besonderheit hinzustellen; sie erklärt vielmehr, daß sie unerschüttert in Treue gegen das deutsche Vaterland ausharret und es als eine unwandelbare Aufgabe erkennt, in Erfüllung aller Bürgerpflichten für das Wohl und Gedeihen desselben mit ganzer Kraft zu wirken.“

Zu Anfang dieses Monats war folgender Aufruf im Sprechzimmer der hiesigen Universität mit der Bitte denselben zu unterzeichnen, ausgelegt:

Mitbürger! In ernster Stunde ist das deutsche Volk zur Wahl aufgerufen! Es gilt, das Vaterland vor Kriegsgefahr und innerem Hader zu bewahren! Es gilt, das deutsche Heer, diesen Eckstein der Sicherheit, Macht und Größe Deutschlands, vor dem verderblichen Spiel parlamentarischer Machtgelüste zu sichern und damit zugleich dem Unheil vorzubeugen, das bei dem Militairkonflikt in Preußen nur schwer überwunden worden ist, und die gedeihliche verfassungsmäßige Fortentwickelung des jungen Deutschen Reiches auf das Aeußerste gefährden müßte!
Mitbürger, unser Wahlrecht ist auch unsere Wahlpflicht!

Vertrauensvoll haben der Kaiser und die verbündeten Regierungen sich an das deutsche Volk gewendet. Rechtfertigen wir an unserm Theile das Vertrauen, welches unser geliebter Kaiser in uns setzt, indem wir Männer in den Reichstag wählen, welche entschlossen sind, die Heeresvorlage der verbündeten Regierungen unverändert anzunehmen und somit unerschütterlich feststehen zu Kaiser und Reich!
Der Vorstand der Wahlvereinigung der Reichstreuen Parteien zu Berlin.

Freih. v. Monteton (dk.), Rittmeister a. D.; W. Kyllmann (nl.), Kgl. Baurath; Freih. v. Zedlitz-Neukirch (fk.), Geh. Reg.-Rath, Mitglied des Abgeordnetenhauses; Vorsitzende. H. Pohlenk (fk.), Redakteur; H. Kauffmann (nl.), Kaufmann; Friedrich Luckhardt (dk.), Verlags-Buchhändler; Schriftführer. Karl Rudorff (dk.), Bankier, Schönebergerstraße 32; Schatzmeister.

Diesen Aufruf habe ich mit klarem Vorbedacht unterschrieben. Weder die Namen der Candidaten, auf welche die reichstreuen Parteien sich vereinigt, waren genannt, noch irgend eine andere Unterschrift unter dem Wahlaufruf. Für Alles, was der „Vorstand der Wahlvereinigung 2c.“ oder gar was die einzelnen der vereinigten Parteien veröffentlicht haben, bin ich nicht verantwortlich. Ich konnte nicht wissen, aber ich mußte erwarten, daß sowohl unter den Candidaten, wie den sonstigen Unterzeichnern des Wahlaufrufs sich auch solche befinden könnten, mit denen ich außer dem Inhalt des Wahlaufrufes keine politische oder sonstige Gemeinschaft habe, namentlich auch solche, welche antisemitische Neigungen und Meinungen haben. Daß die extremen Vertreter des Antisemitismus in Berlin nicht candidiren würden, hatten die Zeitungen verkündet. Vor mir hatten bereits 12—15 befreundete Collegen unterschrieben, unter ihnen solche, die über jeden Verdacht des Antisemitismus weit erhaben sind; unter ihnen auch der College Geh. Just. Rath Prof. Levin Goldschmidt.

Mit mir hatte über die ganze Wahlangelegenheit und speciell über den vorstehenden Wahlaufruf Niemand, weder ein Staatsmann noch ein Privatmann gesprochen; auch College Goldschmidt nicht; völlig unabhängig von einander haben wir das Gleiche gedacht und gethan. Schon diese Thatsache allein sollte denen zu denken geben, welche klar und ruhig zu denken überhaupt noch fähig sind.

Und nun erkläre ich hiermit ausdrücklich und feierlich: aus Pflicht und Gewissen, als deutscher Bürger und als Jude habe ich den Aufruf unterzeichnet; nicht obgleich

sondern, noch ganz besonders, weil ich ein Jude bin und weil ich im Vorkampf gegen die Antisemiten in vorderster Reihe gestanden und immer stehen werde.

Ich erkläre ferner, daß ich diesen Schritt als das Wesentlichste und Wichtigste von Allem, was ich je für die Juden gethan, gehalten habe und noch halte.

In gerader Fortsetzung meiner Gedanken, im strengsten Anschluß an meine Worte, welche ich 1879 und 1880 gedacht und gesprochen, unter der völlig ungetheilten Zustimmung der Juden gesprochen, habe ich gehandelt und rede ich jetzt. Das muß Jeder erkennen, der meine Reden nachliest*), die allein ausgenommen, welche beides durch die Brille fanatischer wahlagitatorischer Beschränktheit lesen. Die fortschrittlichen Zeitungen natürlich wollen, viele Juden können, wie es scheint, das nicht begreifen. Diese wenigstens darüber aufzuklären, ist die Absicht dieser Blätter; in ihrem eigensten Interesse, welches hier zugleich und unmittelbar ein patriotisches Interesse ist, will ich die Aufklärung geben. —

Es war die höchste Zeit; es mußte nothwendig etwas geschehen, um die von Feind und Freund einmüthig gehegte Behauptung, daß Jude und Deutschfreisinnig nothwendig eines ist; daß jeder Jude, als Jude, zur Opposition gehören muß, durch eine That niederzuschlagen. Daß jeder Jude durchaus und in jeder Frage mit dem Fortschritt und dem Centrum und gegen die

*) „Was heißt national?“ Berlin 1880 bei Dümmler. „Unser Standpunkt.“ Zwei Reden. Berlin 1881 bei Stuhr.

Regierung stimmen müsse, fing an als ein Dogma zu gelten, gegen welches zu denken und zu handeln politische Ketzerei und Verrath am Judenthum zugleich sei. Es war doppelt nöthig, diesen Bann endlich zu brechen, weil durch jene falsche Anmaßung zugleich die Freiheit der politischen Meinung, dieser Eckpfeiler aller liberalen Gesinnung in hohem Grade bedroht war. Diese Freiheit der politischen Meinung wollte ich mir und den Juden wiedergeben.

Viele meiner Glaubensgenossen sind, wie ich höre, heftig gegen mich erregt, als ob mein Vorgehen im Widerspruch mit dem stände, was ich vormals für die Juden gethan*); ja man versteigt sich zu der gradezu an Wahnsinn grenzenden Vermuthung, als ob ich, ich nach alle dem, was ich für sie gethan, meiner eigenen und selbsterwählten Aufgabe untreu werden könnte.

Das beweist mir deutlich, wie es die höchste Zeit war; beweist wie das Garn enger, einseitiger, kurzsichtiger politischer Begriffe, in dem sie gefangen sind, bereits so dick und so dicht geworden, daß ihnen jede Klarheit des Urtheils und jede Freiheit der Meinung hart bedroht ist.

Dies Netz mußte zerrissen werden, und ich hab' es zerrissen.

Bequemer wäre es freilich für mich gewesen, dies pein-

*) Von all Denen, die mein Vorgehen mißbilligen, hat — mit einer brieflichen Ausnahme — Niemand den Muth oder die Pflicht in sich gefühlt, mich nach meinen Gründen zu fragen, sondern alle haben schlankweg ge- und verurtheilt. Das ist eine schwerwiegende schmerzliche Thatsache, deren Bedeutung zu erörtern, ich mich enthalte; denn zu klagen oder anzuklagen ist nicht meine Art.

liche Geschäft Anderen zu überlassen; es wäre auch von jeher und besonders anno 79 und 80 bequemer gewesen, zu schweigen und Andere reden zu lassen.

Nun aber ist es geschehen und ich will meinen Glaubensgenossen erklären, **was** damit geschehen ist und geschehen sollte.

Der Wahlkampf ist vorüber. Jetzt wird doch hoffentlich so viel Ruhe und Besonnenheit wiederkehren, um folgende Frage in Erwägung zu ziehen:

Sind die Juden eine politische Partei? Muß jeder deutsche Jude, weil er ein Jude ist, zur Fortschrittspartei gehören? Muß jeder Jude, als Jude, gegen die Regierung, muß er gegen die reichstreuen Parteien stimmen?

Ich sage nein! und dreimal nein!

Ist einer ein Verräther am Judenthum, wenn er ein Vertreter der Regierung ist? Ist einer, der den Kampf gegen die Antisemiten geführt, fahnenflüchtig, wenn er in anderen, mit der Confession auch entfernt nicht zusammenhängenden Fragen zur Fahne der Nationalliberalen tritt?

Das Judenthum als solches treibt gar keine Politik. Nur zwei Punkte sind es überhaupt, in denen es Beziehung zur Politik hat. Das Judenthum verlangt und erwartet vom Staate Freiheit seines Gottesdienstes, Freiheit der Religionsübung überhaupt. Sodann gebietet das Judenthum rechtlich nach dem etwa 1600 Jahre alten, überall anerkannten Ausspruch des Mar Samuel: Das Gesetz der Landesregierung, des Imperiums, ist Gesetz für den Juden; und es lehrt zugleich, „alles Regiment das zu Recht besteht und das Recht vertritt, als eine Einsetzung,

ja als einen Abglanz Gottes ansehen. Das ist nie bestrittene Tradition."*) Das Judenthum also ist ein religiöses aber kein politisches Bekenntniß.

Eine politische Zertheilung der Staatsbürger nach Confessionen ist thatsächlich eine Unwahrheit und politisch eine große Gefahr; eine Gefahr für das Ganze des Staatslebens und für die gedeihliche Mitwirkung des Einzelnen an demselben.

Wir dürfen schlechterdings den Satz nicht gelten lassen, daß die Juden im deutschen Reiche eine besondere Partei ausmachen, oder als Juden nothwendig zu einer bestimmten Partei gehören. Und wenn heute zufällig alle Juden wirklich zu einer Partei gehörten, so müßte doch der Grundgedanke bestehen bleiben, daß sie nur ihrer freien Ueberzeugung dabei folgen, aber nicht ihrer Confession.

Ich begreife wohl, daß ein Jude sagt: Ich bin nicht gegen die Regierung im Allgemeinen, ich bin nur gegen diese Regierung, weil sie den Antisemiten so viel freie Hand gelassen, mich in meiner Ehre zu kränken. Aber er soll nicht glauben, daß alle Juden so denken, daß sie als Juden so denken müssen; er soll dem andern Juden die Freiheit lassen, nicht in dieser Art mit der Regierung zu rechten, nicht auch bei großen, politischen Fragen zu rechten.

Die Kränkung, die der Antisemit — den ich verachte, weil er nicht auf der Stufe der Humanität des Jahrhunderts und nicht auf der Stufe der Moral des Christenthums steht**) — die Kränkung, die mir ein Verächtlicher zufügen

*) „Was heißt national?" S. 26.

**) Unser Standpunkt S. 23. Prof. Delitzsch, ein Mann von

kann, ist nicht so groß, wie der Schaden an meiner bürgerlichen Pflicht und meinem Gewissen: in einer großen politischen Frage gegen meine Ueberzeugung und gegen die Regierung zu stimmen, blos weil die Antisemiten mit ihr stimmen.

Darf ich bei Feuers- oder Wassersnoth nicht retten, weil auch Antisemiten retten? Nun, die Rettung der Freiheit politischer Ueberzeugung aus den Banden eines tyrannischen Fanatismus ist wichtiger als die aus Feuer oder Wasser.

Oben habe ich die Resolution angeführt, welche die große jüdische Versammlung vom 16. Dezember 1880 gefaßt hat. Nun meine ich — und wer anderer Meinung ist, der trete her, und ich will ihn eines Besseren belehren — ich meine, daß es einfach zur Treue gegen das deutsche Vaterland und zur Erfüllung aller Bürgerpflichten für das Wohl und Gedeihen desselben gehört, nur demjenigen Candidaten zum Reichstag seine Stimme zu geben von welchem man glaubt, daß er durch sein Votum im Reichstag das Wohl und Gedeihen des Vaterlandes fördern wird.

Glaubt nun Einer, daß dies am Besten durch die

---

berühmter christlicher Frömmigkeit, sagte: „Christlicherseits spielt in diese Bewegung ein unchristlicher Racenhaß hinein, welcher zum Himmel schreit, und da die Wurzeln des Christenthums mit denen der alttestamentlichen Religion dieselben sind, das ekelhafte Verhalten eines Vogels darstellt, der sein eigenes Nest beschmutzt. Möge dieses unheilige Feuer bald verflackern und aussterben. Ich höre nicht auf, es mündlich und schriftlich zu verurtheilen".

Thätigkeit eines deutsch-freisinnigen oder eines Centrumsmanns geschieht, gut, dann mag er, dann muß er diesem seine Stimme geben. Aber er soll und muß dann jeden Anderen in seiner Freiheit respectiren, welcher sagt: in der durch die Auflösung des Reichstages scharf gestellten Frage kann ich meine Stimme nach Pflicht und Gewissen nur dem Candidaten geben, der für das Septennat stimmen will.

Auch das begreife ich noch, daß ein Jude sagt: trotz alledem und alledem komme ich darüber nicht hinweg, daß es mir unmöglich ist, meinem Gegner, dem Antisemiten, meine Stimme zu geben. Das aber ist mir unbegreiflich, daß Einer die Forderung stellt: alle Juden müßten so denken. Ich denke anders; und es ist mein heißer Wunsch, daß recht viele, daß allmählich alle Juden anders denken. Ich denke und meine Sehnsucht ist, daß alle Juden denken: wenn ich glaube, daß ein Septennatscandidat besser für das Wohl und Gedeihen des Vaterlandes sorgt, dann ist es meine Pflicht und Schuldigkeit, diesem meine Stimme zu geben, auch dann, wenn ich fürchten muß, daß das specifische Interesse der Juden darunter leiden könnte.

Nationalliberal und Conservativ sind Gegensätze von schwerwiegender Bedeutung; politische Ansichten der gewichtigsten Art trennen sie. Beide Parteien aber haben ihre Gegensätze vergessen und sich geeinigt, weil sie der höheren Nothwendigkeit folgen, der Sorge für das Heil des Vaterlandes ihre trennenden Meinungen zum Opfer zu bringen.

Und wir Juden, wir allein, sollten ihnen in bürgerlicher Einsicht und Tugend nachstehen? wir sollten unseres in der Resolution niedergelegten feierlichen Gelöbnisses, sollten

unserer patriotischen Pflichten vergessen müssen und immer nur an den Antisemitismus denken? wir sollten überall und immer nur an dem Karren des Fortschritts ziehen dürfen? auch dann, wenn wir von ganzem Herzen anderer Meinung sind? Das ist ein enger, ein elender, ein verwerflicher Standpunkt; das ist nicht „unser Standpunkt."

Wie? wir opfern Gut und Blut, Leib und Leben für das Heil des Vaterlandes, sobald der Kriegsherr ruft, und wir sollten nicht unsere winzige, völlig untergeordnete Abneigung gegen diejenigen Candidaten opfern können, opfern wollen, welche für die Forderung des Kriegsherrn und die Förderung der Reichsmacht einzutreten bereit sind, weil sie antisemitische Neigungen haben? Hier, bei der Frage nach der Unterstützung der Regierung in ihrer Vorsorge für die Sicherheit des Landes und des Friedens sollten wir nicht vor Allem an Alles und das Ganze denken? nicht die daneben kleine fernliegende Frage des Antisemitismus, des specifisch-jüdischen Interesses vergessen? sie nicht mit aller Kraft von uns weisen? Der Kampf gegen die Antisemiten ist deshalb überhaupt nicht an der Wahlurne zu führen.*)

Noch einmal und zum letzten mal: mag immerhin wer will und wer kann, die Meinung hegen, dem deutschen Vaterlande ist mit dem deutsch-freisinnigen Nein besser als mit der Unterstützung der Regierung gedient; er ist dann berechtigt und verpflichtet, deutsch-freisinnig zu wählen.

*) Es kommt dazu, daß die bloße Abgabe des Wahlzettels ungemein leicht und billig und selbst einschließlich der Wahlagitation sehr wenig Verstand braucht. Der Kampf mit Gedanken und Leistungen ist freilich nicht Jedermanns Sache.

Aber zu fordern, daß jeder liberale Mann und jeder Jude diese Meinung haben müsse, oder gar zu behaupten, daß er auch bei der Ueberzeugung, die Septennatspartei sei zum Heile des Vaterlandes, für diese dennoch nicht eintreten, nicht mit aller ihm zu Gebote stehenden Kraft (z. B. mit seiner Unterschrift) für sie eintreten darf, weil etwa Antisemiten darunter sind; diese Forderung, in allen Wegen nur von der Frage nach dem Antisemitismus sich leiten zu lassen, diese ganz ungeheuerliche, der Treue gegen das Vaterland schnurstracks widersprechende Forderung ist ein Verrath gegen die Freiheit der politischen Ueberzeugung, ein Verrath gegen das bürgerliche Gewissen, darum ein Verrath gegen das Vaterland selbst.

Nun sagt wohl Mancher: trotz der Freiheit politischer Ueberzeugung fordert die Parteitaktik, daß man sich unterordne. Unterordne? Wem? wem? frage ich, soll, wem darf ich meine klare und feste Ueberzeugung unterordnen?

Die Parteitaktik ist eine wichtige Sache; aber sie ist eine zweischneidige, gefährliche Waffe, die den leicht verwundet, der sie gebraucht. Die Parteitaktik, wie sie von den Stäben der Wahlagitation geübt wird, ist nur ein nothwendiges Uebel, das man in seine Grenzen eindämmen muß. Insbesondere muß vor und außerhalb der Wahlen der einzelne Bürger in jeder Frage seine eigene Meinung bilden, sonst unterbinden wir den politischen Verstand, fälschen die öffentliche Meinung, setzen die Schablone und die Parole an die Stelle von lebendigen Gedanken. Diese nachtheiligen Folgen sind, glaube ich, schon zu sehen. Ich vermisse in Deutschland, ich vermisse besonders unter den

Juden den gedeihlichen Nachwuchs politischer Kräfte. Mit der bloßen Ambition ist es nicht gethan. Ehedem war es anders. Ich rede nicht von den Männern, die uns in der Jugend vorangeleuchtet, von den Riesser, Veit, Kosch u. A.; aber von den Männern, die neben uns standen und stehen, hatten solche wie Lasker, H. B. Oppenheim, Bamberger u. A. durch bedeutende staatswissenschaftliche und staatsmännische Arbeiten sich ausgezeichnet, bevor sie in die Parlamente eintraten. Wo sind die Jüngeren? Die geistige Kraft hat unter den Juden schwerlich abgenommen; aber der Parteigeist hat zugenommen, in erschreckender und verheerender Art zugenommen; an die Stelle freier und fruchtbarer geistiger Bewegung ist die Enge und Dürre einer tyrannischen Parteisucht getreten. Gegen diese Einschrumpfung des politischen Geistes, welche vielleicht die schlimmste Folge des Antisemitismus ist, müssen wir ankämpfen, müssen wir wieder die Fahne des eigenen und freien Denkens entfalten. —

Ich halte in großen Fragen nichts von der politischen Klugheit; nur der Stimme des Gewissens soll man folgen. Dennoch möchte ich diejenigen meiner bethörten Glaubensgenossen, welche geneigt sind, die obige Forderung zu stellen, darauf aufmerksam machen, daß sie unseren Gegnern, den Antisemiten, die schärfsten Waffen liefern, ja sie ihnen gradezu in die Hand drücken.

Und dann: in unbesonnener und verblendeter Parteigängerei malen sie den Teufel an die Wand; sie schüren selbst das Feuer, das ersticken sollte. Noch ist Gottlob die Judenfrage in Deutschland keine politische Frage; sie ist

durch die Verfassung des Deutschen Reiches klar und fest beantwortet. Wer sie zu einer Frage macht, der muß erst Sturm gegen die Verfassung laufen.

Auch ist die Judenfrage, wenn sie gestellt wird, nicht eine Frage der Juden, sondern der Deutschen. Die Frage, ob sie zur Reihe der civilisirten Nationen Europas fürder gehören oder aus derselben ausscheiden und in die Barbarei des Mittelalters zurückfallen wollen.

Den Kampf gegen den Antisemitismus erwarte ich deshalb auch nicht blos von meinem Candidaten, den ich wähle; ich erwarte ihn von der Regierung und von dem Parlament; ich fordere und erwarte ihn von jedem für Recht und Gerechtigkeit einstehenden Manne; ich erwarte ihn von dem Genius der deutschen Nation.

Sogar eine gesellschaftliche Frage ist sie nur für eine minderwerthige Minorität, nur für diejenigen, welche von der erstiegenen Stufe der Humanität hinabzusteigen, hinter die Zeit und den Geist Lessing's und Herder's zurückzusinken, sich selbst verurtheilen.

Wer das Recht auf seiner Seite hat, ist immer der Stärkste. Unbegründete Furcht ist ein Zeichen von Schwäche. Zu behaupten oder auch nur zu fürchten, daß die Conservativen oder vollends die Nationalliberalen auch nur einen Angriff auf die confessionelle Unabhängigkeit des deutschen Bürgers zulassen werden, ist ebenso unrecht, wie unklug; sein Handeln auf solche völlig nichtige Voraussetzung gründen, ist deshalb ein moralisches Unrecht und ein politischer Fehler. Wir Juden haben dafür zu sorgen, daß wir nicht durch eine ganz ausschließliche Anhänglichkeit an einer

Partei und eine fanatische Intoleranz gegen alle anderen, diese gegen uns einnehmen. Wir sind in Gefahr, diejenigen zu Antisemiten zu machen, welche wir ohne allen Grund, wider Recht und Billigkeit als solche erklären. Die Behauptung, daß alle Männer von den Nationalliberalen nach rechts hin Antisemiten seien, haben nur diejenigen uns einzureden versucht, welche uns vertheidigt, aber auch allein unsere Unterstützung in Anspruch genommen haben.

In allen Dreien angeführten Reden habe ich meine Glaubensgenossen davor gewarnt.

Mit heißen, ringenden Worten habe ich gemahnt*): „Wie schwer auch die Beleidigung für uns ist, wie tief der Abgrund niedriger Gesinnung, Uebelwollens und trugvoller Verläumdung, der uns entgegengähnt: laßt Euch nicht verbittern! Wachet und sorget und kämpfet den inneren, und ich weiß es sehr wohl, den schweren inneren Kampf: daß unser Gemüth nicht vergällt werde; daß wir den reinen freien Blick bewahren für unsere Stellung zur Gesammtheit des deutschen Volkes.

Sorgen wir dafür, daß man uns nicht verleite in Unrecht zu verfallen. Denn der letzte Grund in dem ganzen fehlerhaften Treiben kommt doch immer auf den einen Denkfehler hinaus: weil es einzelne schlechte Juden giebt, weil es fehler- und mangelhafte Juden giebt, deshalb, was an solchen Fehlern und Mängeln vorhanden ist, von Allen auszusagen. Thun wir nicht das Gleiche*)."

---

*) „Unser Standpunkt" S. 20.

*) „Was heißt national": S. 35 f. „Was in aller Welt nützt denn die Logik, wo ist der Adel der Wissenschaft, wo die Würde des

Das wäre ja das Schlimmste von Allem, was der Antisemitismus uns zufügen kann, wenn er uns zur Ungerechtigkeit, wenn er uns zu derselben barbarischen Logik verführt und wir deshalb die gesammten Männer der vereinigten reichstreuen Parteien für Antisemiten halten und wie Antisemiten bekämpfen, weil einige unter ihnen wirklich Antisemiten sind. Nun aber sehe ich zu meinem tiefen Schmerze, daß eine Anzahl Juden in der That verbittert und verbissen und eben deshalb mit der zwiefachen Kraft der Wahlverwandtschaft sich ausschließlich zur Oppositionspartei hingezogen fühlen, von allen anderen Parteien ohne Sonderung und Scheidung verdrossen abwenden.

Unter dem Druck der antisemitischen Kränkung scheinen auch viele von den Besten und Besonnenen ausschließlich in den deutschfreisinnigen Gedankenkreis hinüber gedrängt. Von diesem umwebt, haben sie die Fähigkeit eingebüßt, sich in irgend eine andere politische Anschauung mit einiger Gerechtigkeit hineinzudenken. Fast immer nur mit einander verkehrend, sich gegenseitig erhitzend, engen sie ihren Blick wie mit Scheuleder ein.

Eine Kritik der Fortschrittspartei ist meines Amtes nicht. Ich erhebe meine Stimme nur und rede zu den Juden gegen diese Einschrumpfung unseres politischen

---

Gedankens, wenn man an entscheidender Stelle, da, wo es sich um Wohl und Wehe, um Ehre und Ruf von Tausenden und Abertausenden handelt, mit einem aller Logik so sehr, wie aller Gerechtigkeit spottenden Leichtsinn anstatt den oder einige Juden ohne weiteres die Juden setzt? . . . . . Aber freilich dieser logische Fehler ist nicht ein Fehler des Kopfes, sondern des Herzens.

Bewußtseins; dagegen, daß wir nur der einen Partei Gefolgschaft leisten, daß wir alles Verständniß für andere Bestrebungen verlieren, daß unsere ganze Theilnahme am politischen Leben der deutschen Nation in den Gedanken, in der Thätigkeit und in der Taktik der einen Partei sich erschöpfe. —

Fürst Bismarck ist nicht blos ein großer, er ist auch ein kluger Staatsmann; ich kann es deshalb nur auf's Tiefste bedauern, daß seine Klugheit ihm nicht gerathen hat, den ersten Funken des Antisemitismus in Deutschland mit seinem mächtigen Fußtritt auszutreten. Politische Gründe kann er für diese Unterlassung meines Erachtens nicht gehabt haben; denn es erscheint mir völlig unmöglich, daß er auch nur im Entferntesten jemals daran gedacht hat, den Juden eines ihrer verfassungsmäßigen Rechte zu kürzen. Es ist unmöglich, sage ich; denn noblesse oblige; „Freiheit des Bekenntnisses, einmal von Menschen gedacht, kann denkenden Menschen nicht wieder entschwinden.“*) Ein Staat, welcher die sittliche Höhe des Deutschen Reiches erstiegen hat, kann von derselben nicht wieder heruntersteigen. Wenn Fürst Bismarck auf einem Europäischen Congresse die volle Emancipation der armen Rumänischen Juden gefordert, kann er sie den deutschen Juden, diesen in allen Berufszweigen tüchtigen und leistungsfähigen Staatsbürgern nicht verkümmern wollen.

Haben andere Gründe den Fürsten abgehalten, die sogenannte Judenfrage bei ihrer Geburt zu ersticken, so kann ich das nur lebhaft beklagen.

---

* Unser Standpunkt S. 26.

Er hätte seinen vielen Verdiensten um die Ehre der deutschen Nation ein weiteres hinzugefügt. Er hätte dem Vaterlande, er hätte speciell den Juden einen großen Dienst erwiesen; den größten dadurch, daß er viel zu ihrer politischen Fortentwicklung beigetragen; denn er hätte ihnen die Freiheit des politischen Urtheils erhalten, statt daß ein großer Theil sich jetzt in die Sackgasse des ausschließlichen Kampfes gegen den Antisemitismus verrannt, aus welcher es so lange keinen Rückweg und keinen Ausweg giebt, als der leidige Antisemitismus davor lagert.

Nicht um die Wahlen allein handelt es sich; obgleich die jüdischen Wähler klein an Zahl, nicht gering an Einfluß sind. Nicht die Wahlurne allein ist es, an welcher die Bürgertugend sich bewähren kann; an vielen Zweigen des öffentlichen Lebens kann die Energie staatsbürgerlicher Gesinnung edle Früchte reifen. Auch nicht um die Juden allein handelt es sich; vielmehr „überall ist die Frage der Humanität und der Gerechtigkeit wichtiger für den, der sie zu gewähren als für den, der sie zu empfangen hat.“*)

Ich fürchte, wenn ich mir dies Urtheil erlauben darf, Fürst Bismarck kennt die Juden nicht genug; er kennt sie wohl meist nur aus dem parlamentarischen Auftreten Einiger; da werden doch nur wenige Seiten sichtbar. Wäre es mir gestattet, ihn darauf hinzuweisen, so würde ich namentlich bemerken: Die Juden sind besonders dankbar, sehr dankbar.**) Charles Dickens, gewiß ein hervorragender

*) „Was heißt national?“ S. 5.

**) Am meisten freilich gegen Nichtjuden; darin, wie in vielen anderen Zügen den Deutschen charakteristisch verwandt.

Kenner des menschlichen Herzens sagt von den Juden, daß sie das dankbarste Volk der Erde seien. Dieser Zug der Dankbarkeit ist es auch zumeist, der die Juden zu geschworenen Freunden der Fortschrittspartei gemacht hat. Es ist ja das unbestreitbare Verdienst dieser Partei, daß sie den Kampf gegen den Antisemitismus allezeit kräftig und redlich geführt. Nicht blos um die Juden, um das Vaterland hat sie sich hier verdient gemacht, um die Würde der Parlamente, in denen Verletzung der Humanität nicht ohne Zurückweisung bleiben durfte.

Diese Dankbarkeit der Juden also in allen Ehren; ich aber wünsche ihnen von Herzen und ich meine das Vaterland darf von ihnen erwarten, daß der Geist der Dankbarkeit einen freieren und höheren Schwung nehme; daß wir nicht blos der jüngsten und kleinen Bewegungen, sondern der großen historischen Wandelungen dankbar gedenken, die wir seit zwei Menschenaltern im deutschen Volke erlebt haben. Höher hinauf und weiter zurück muß unser Blick auf das gerichtet sein, was wir im deutschen Staate und im deutschen Volke geworden sind. Ich war ein Knabe von neun Jahren, als in der Provinz Posen das Cheder geschlossen und die vom Staate verordnete und überwachte Schule eröffnet wurde. Zu derselben Zeit sind die Väter naturalisirt, aus Geduldeten sind sie zu Bürgern geworden. Rasch haben wir Juden mit einer vielleicht beispiellosen Energie die fortan unzertrennliche Einheit mit der deutschen Volksseele errungen. Wie die deutsche Nation selbst ihre stolze Freiheit, ihre innere Einheit, ihr Selbstbewußtsein zuerst auf dem Gebiete des

geistigen Lebens und erst viel später auf dem des politischen gefunden, so sind auch wir jüdischen Männer aus der ersten Hälfte des Jahrhunderts zuerst und schnell in die innerliche Einheit des nationalen Geistes eingetreten, in deutscher Kunst und Wissenschaft aufnehmend und mitschaffend heimisch, durch deutsche Ideale und deutsche Arbeitsformen zu Gliedern der deutschen Volksseele und des Volksgemüths geworden. Auch in das politische Leben sind wir allmählich hinein gewachsen; „stufenweise hatte man schon vorher uns den Kreis der Pflichten erweitert und veredelt, vom „Leibzoll" bis zum höchsten vaterländischen Dienst mit Leib und Leben; aber jede neue, jede höhere Pflicht haben wir als ein heiliges Recht erworben, als ein hohes Lebensgut gefeiert."*)

Die Pflege patriotischer Gesinnung hatten sich unsere Väter angelegen sein lassen; hier in Berlin hatte die „Gesellschaft der Freunde" seit ihrer Begründung im Jahre 1792 bei jeder Gelegenheit patriotische Gesinnung bekundet und befördert; sie war eine Art von Erbtugend. Dieser Zug des aufrichtigsten, weil auf religiösem Grunde ruhenden Patriotismus ist eine der ehrwürdigsten Erscheinungen im Leben der Juden, welche zu verhöhnen (wie neulich geschehen) ein Zeichen äußerster Verwilderung im Parteifanatismus ist.

Und wie sind die Juden ihrerseits vorgegangen, um die politische Gleichberechtigung zu erlangen? Wieder und wieder haben sie an die Gerechtigkeit des deutschen Volkes, haben sie an die Mehrheiten appellirt, welche dann unter

---

*) Was heißt national? S. 21.

Zustimmung der Könige und Fürsten bei der Schöpfung der Verfassungen die Unabhängigkeit der bürgerlichen Rechte von dem Glaubensbekenntniß gewährleisteten.

Zuletzt sind wir gemeinsam mit den andern Bürgern des Landes auch in die volle und freie Theilnahme an dem öffentlichen politischen Leben eingetreten. Hier nun, meine ich, sollen wir uns als echte, treue, dankbare Söhne bewähren. „Daß wir an dem letzten, höchsten Bildungsact des deutschen Volkes, bei der Aufrichtung des deutschen Reiches, in jedem Sinne und in vollem Maaße bereits Theil nehmen durften, ist für uns ein stolzes Bewußtsein, eine unvergleichliche Befriedigung."*) An der Erhaltung, an dem Weiterbau dieses Reiches in rüstiger, ringender Arbeit Theil zu nehmen, ist eines jeden Deutschen, ist aber noch besonders und vorzugsweise der deutschen Juden heilige Pflicht. Darum, meine ich, sollen auch wir zumeist zu den friedlich arbeitenden, zu den positiv thätigen, zu den schöpferisch wirkenden Parteien uns stellen. Wohl bedarf es zum Gedeihen des Ganzen auch der scharfen Gegensätze, bedarf es der Kritik, bedarf es der Opposition. Aber nicht gerade wir sollen das leidige Geschäft der Kritik und der Opposition besorgen. Mit heißem Bemühen müssen wir, gerade wir Juden danach trachten, zu den schaffenden und gestaltenden und nicht zu den unzufriedenen und verdrossenen Elementen im Staatsleben zu gehören.

Und nun will ich auch noch, so gut es in aller Kürze geschehen kann, sagen, von welchem Grundgedanken wir dabei

---

*) a. a. O. S. 27.

geleitet, und von welcher Stimmung unser Gemüth beherrscht sein sollte.

In die specielle Discussion politischer Fragen trete ich dabei nicht ein; nicht einmal der Gründe will ich gedenken, welche mich bewogen haben, auch meine Stimme für das Septennat zu erheben. Als die bewegenden Gedanken der entscheidenden Mehrheit der Nation sind sie ja hundertfach und siegreich erörtert.

Seit ich meine Erstlingsschrift „über die sittliche Berechtigung Preußens in Deutschland; eine rechtsphilosophische Abhandlung. Berlin 1850" veröffentlichte, war ich im Dienste meiner speciellen Wissenschaft der „Völkerpsychologie" und meiner Vorlesungen an der Universität über „Psychologie des Staatslebens" genöthigt, über politische Fragen mit Fleiß und Eifer nachzudenken. Ich habe nach einer anderen Methode, auch, wie der Wissenschaft ziemt, ruhiger, freier darüber denken müssen, als diejenigen, welche für einen Tag auf den anderen darüber denken, sie mögen nun Staatsmänner, Journalisten, oder gar Wahlagitatoren sein. Vielleicht wird man es nicht unbescheiden finden, wenn ich jeden von diesen in seiner Denkart lasse, aber auch für mich die Freiheit in Anspruch nehme, auf meine Weise zu denken und mir meine politische Ansicht zu bilden. Eine solche lege ich nun meinen Glaubensgenossen vor, und jeder mag daraus nehmen, so viel zu nehmen er befähigt und gewillt ist.

Menschliche Dinge bedürfen alle der fortschreitenden Verbesserung; politische nicht am wenigsten, denn sie sind der Erfolg höchst mannigfaltiger widerstreitender Kräfte,

sehr verschiedener idealer Mächte und auch ihres Gegentheils. Blicke ich nun aber auf das deutsche Reich als Staatsgebilde, vergleiche ich es mit allen anderen Staaten der Gegenwart oder auch der Vergangenheit, dann meine ich, daß es mit den besten sich mindestens messen kann. Ein Staatsleben nach den Normen und in den Grenzen der deutschen Reichsverfassung ist so sehr wie irgend ein anderes vollkommen geeignet, die eigentliche Aufgabe des Staates zu erfüllen, d. h. allen sittlichen Ideen und allen Culturinteressen die sichere Stätte des Gedeihens zu bereiten. „Unser Staat ist zu einem in erstaunlicher Harmonie spielenden System des reichsten und regsten Lebens zu einem wunderbaren Gefüge realisirter Gerechtigkeit geworden; nach langer Sehnsucht und in unerhört gewaltigen Thaten ist er erwachsen"*).

Auch innerhalb dieser Verfassung giebt es noch strittige Aufgaben genug, über deren Lösung der Eine so und der Andere anders denken mag. In der ringenden Arbeit mögen die Parteien ihre Kräfte messen und sie redlich, nicht zu Lügen, Verdrehungen und ausschließlich negativen Coalitionen verwenden. Darin aber sollen alle Parteien einig

*) Diesen Satz, den ich in jedem einzelnen Wort, auch bei der Vergleichung mit allen anderen Staaten Europa's zu vertreten bereit bin, habe ich nicht heute verfaßt, sondern am 22. November 1884 ausgesprochen. Dort, in der Festrede auf Schiller, gehört er zur Einleitung eines Gedankenganges, welcher höhere ideale Forderungen an die geeinigte deutsche Nation im Geiste Schillers zu begründen sucht. Siehe „Schiller und die Schillerstiftung. Zwei Reden von Prof. Dr. M. Lazarus. Leipzig u. Berlin, W. Friedrich 1885." S. 52 ff.

sein, das Reich durch ihren Rath und ihre That so stark und sicher, wie immer möglich zu machen. Nach außen gewiß. Hier gilt es sogar in vielen Fällen Opfer zu bringen, auch das schwerste Opfer, das seiner Meinung, sobald man nur überzeugt ist, daß durch dieses Opfer eine Stärkung des Reichs herbeigeführt wird.*)

Aber auch nach innen. Die Absicht, eine Regierung um irgend eines Parteiinteresses willen zu schwächen, bleibt immer ein politisches Unrecht und meist eine Unklugheit. Eine starke Regierung wird immer mehr fähig und geneigt sein, das wirkliche Heil des Staates unbefangen zu prüfen, alle Meinungen mit Wohlwollen aufzunehmen, die streitenden Interessen mit Gerechtigkeit auszugleichen. Jede starke Regierung hat es leichter eine gute Regierung zu sein, jede schwache wird leichter zu einer schlechten. Eine Regierung durch den Hochdruck einseitigen Parteiwillens gefügig machen, heißt sie verderben.

In diesem Deutschen Reiche nun sollten die liberalen Parteien die eigentlichen conservativen sein. Denn wessen Ideale sind in demselben erfüllt? In den Wünschen der hochconservativen Partei hat es doch wahrlich nicht gelegen, ein einiges Deutschland, mit Preußen an der Spitze, ein Reichsparlament aus allgemeinem Wahlrecht, ein einheitliches Recht für Alldeutschland, die bürgerliche Gleichstellung aller Confessionen u. s. w. zu schaffen.

Jetzt gehen die Conservativen mit der Regierung. Viele

---

*) Darüber, daß durch das Septennat jedenfalls eine Stärkung des Reichs herbeigeführt werde, bestand wohl kaum irgend ein Zweifel.

von ihnen vielleicht in der Hoffnung, von diesen Errungenschaften etwas abzubröckeln, hie und da eine Reaktion zu bewirken. Wir aber, wir Liberalen alle, und die liberalen Juden zumeist sollten mit der Regierung gehen, sollten ihre feste Stütze bilden, um unsere in allem Wesentlichen erfüllten Ideale im Bestande zu sichern und den weiteren Ausbau zu ermöglichen. Uns am meisten muß die Stärke des Reichs, die Stärke der Regierung am Herzen liegen, unter deren Führung die deutsche Nation in einem Menschenalter erreicht, was sie durch Jahrhunderte vergeblich ersehnt hat.

Soll die Regierung ihre Stütze dauernd auf der andern Seite suchen? Die Verkehrtheit ist so ungeheuerlich, daß sie unfaßbar wäre, wenn man nicht wüßte, wie sich die doktrinäre und traditionelle Rechthaberei, die Klügelei und Krittelei Schritt für Schritt fester verrannt, wie der Krebsschaden einer sterilen Verneinungsmaxime weiter und weiter um sich gefressen, um einem beträchtlichen Theile der Liberalen alle positive Mitarbeit an dem wirklichen Staatsleben unmöglich zu machen.

Und nicht blos in unserem Gedanken, in der Methode unserer thatkräftigen Theilnahme am schöpferisch gestaltenden politischen Leben, auch in der Grundstimmung unseres Gemüthes dem Staate gegenüber sollten wir uns ändern. O, ich kenne im Voraus alle die afterweisen, wegwerfenden Titel, welche von den Verbissenen und Verbitterten jedem Worte aufgeheftet werden, das wie Zufriedenheit, Befriedigung klingt. Mögen sie.

Wenn sich ein Geschichtschreiber über Etwas wundern

könnte, dann würde der des Deutschen Reiches in den ersten 20 Jahren seines Bestehens sich höchlich verwundern über die Unzufriedenheit und Verdrossenheit namentlich der liberalen Parteien. Seit lange habe ich im Deutschen Reiche jede Freudigkeit und Befriedigung an all dem Großen, das erreicht ist, schmerzlich vermißt. Desto schmerzlicher, weil mit jener Freudigkeit auch der Schwung der Seele fehlt, welcher der gewaltigen Aufrichtung des Reiches hätte folgen sollen. Daran sind nicht am wenigsten unsere Staatsmänner Schuld, die sich allzubald und allzutief in den Parteihader haben hineinziehen lassen. Jeder vielleicht gewissenhaft auf deutsche Art nach dem Rechten suchend, haben sie den Verzicht auf Rechthaberei nicht gefunden, der nur aus dem freien und stetigen Blick auf das Ganze hervorgeht.

Männlicher Besonnenheit ziemt es, nicht zu vergessen, daß andere Parteien andere, ja entgegengesetzte Wünsche, entgegengesetzte Interessen haben. Wenn jede Partei nun bei ihrer Meinung beharrt, wenn sie es als ihre Pflicht und als ihren Ruhm ansieht, nicht zu weichen und nicht zu wanken von der eigenen Meinung, dann muß ja die herbeigeführte Entscheidung nothwendig eine gewaltsame werden. Wenn jeder von zweien nur Widerstand, und nichts als Widerstand leistet, dann leisten beide zusammen Nichts. Wie die Staatskunst eine friedliche, eine objective Ausgleichung der entgegenstehenden Interessen anzustreben, wie sie vor Allem darin sich zu bewähren hat, daß mitten unter allen Strömungen und Gegenströmungen der parteiischen Meinungen, Interessen und Gelüste die Verfassung aufrecht erhalten, das gegebene Gesetz erfüllt wird; wie sie nament-

lich zwiefach durch Belehrung über die wahren und gemeinsamen Interessen und durch die Fähigmachung immer höhere und edlere zu vertreten, die Volkstheile in den Frieden mit einander zu bringen hat, das auch nur flüchtig zu erwägen, würde hier unmöglich und ohne lange Gedankenreihen unverständlich bleiben.

Was aber jedem Bürger offen und klar vor Augen liegt, ist das Eine: die Zufriedenheit einer Partei darf nicht davon abhängig sein, daß ihre eigene Meinung allein zur Geltung kommt; denn daraus würde mit zwingender Nothwendigkeit folgen, daß zu jeder Zeit der größte Theil des Volkes unzufrieden sein müsse. Und das ist die größte politische Thorheit; wer sie hegt und fördert, der begeht ein Verbrechen an dem sittlichen Bestande des Volkes. Darum wünsche ich meinen Glaubensgenossen, daß es ihnen gelingen möge, einen neuen politischen Grundgedanken zu fassen und eine neue Gemüthsstimmung für das deutsche Reich zu erringen, für das Reich, welches nach den siegreichen Kämpfen erstanden, in denen auch das Blut unserer Väter und Brüder geflossen ist. Mindestens aber sollen sie in Erwägung ziehen, ob es mit ihrer bürgerlichen Pflicht vereinbar ist, mit verbundenen Augen in der Tretmühle der fortschrittlichen Opposition ihre Kräfte an ein unnützes Beginnen zu verschwenden.

Auf Entstellung und Verzerrung meiner Gedanken bin ich gefaßt; ich habe sie auch 1879 und 80 erfahren und ertragen.

Euch aber, meine Glaubensgenossen rufe ich zum Schluß noch einmal zu: rafft Euch aus Eurer Verbitterung und

Verbissenheit auf; das ist nicht die Zeit und nicht die Weltlage um der antisemitischen Hetzereien und Quälereien zu gedenken; das ist nicht die Zeit und nicht die Weltlage, um in einer völlig unfruchtbaren Opposition, in Rechthaberei und zankfüchtiger Parteiung zu verharren; sondern bleibet eingedenk der Worte, die ich am 16. Dezember 1880 unter der freudigen Zustimmung jener großen Versammlung ausgesprochen*) und welche wir durch die That zu bewähren haben: „Die deutsche Sprache ist unsere Muttersprache, das deutsche Land ist unser Vaterland wie wir deutsch reden und denken, wie unsere Seele durch deutsche Dichtung und Wissenschaft erfüllt und gebildet ist, also wirken wir mit Geist und Herz, nach dem Maße unserer Kraft, an deutschen Werken; die Größe, Hoheit und Macht der deutschen Nation ist die Sehnsucht unseres Gemüths."

Berlin, den 3. März 1887.

---

*) „Unser Standpunkt" S. 19 ff.

Protestantische Streitschriften
aus dem Verlage von **Walther & Apolant** in Berlin.

Bischof Dr. Kopp. Eine ungehaltene Herrenhausrede. 23 Seiten 8°. 1886. II. Tausend. Preis 50 Pf.

Delbrück, Hans, Professor der Geschichte. Die historische Methode des Ultramontanismus. 32 Seiten 8°. 1886. V. Tausend. Preis 50 Pf.

—„— Canossa. Die Gothik und der Katholicismus. 29 Seiten 8°. 1886. Preis 50 Pf.

Schwalb, M. Dr. theol., Prediger an der St. Martini-Kirche zu Bremen. Der Apostel Paulus. 128 Seiten gr. 8°. Inhalt: Das Leben des Paulus. Die Lehre des Paulus. Der Charakter des Paulus. Einige mit Paulus verwechselte Pauliner. Die Feinde und Freunde des Paulus. Unsere Stellung zu Paulus. Preis Mk. 1.50.

—„— Christus und das Judenthum. 16 Seiten 8°. Preis 40 Pf.

Der „Hamburgische Correspondent“ schreibt über diese viel angegriffene Schrift: Schwalb's „Christus und das Judenthum“ ist eine klar durchdachte, wissenschaftliche und doch allgemein verständliche, von religiöser Duldung eingegebene Arbeit, die verdient, gelesen zu werden; dieselbe enthält Manches, das einerseits belehrend wirkt, andererseits aber auch Beherzigung verdient.

Schwalb, Kritik der revidierten Lutherbibel. 36 Seiten 8°. Preis 50 Pf.

Die „Kölnische Zeitung“ schließt ihren „Schwalb's Kritik der revidierten Lutherbibel“ gewidmeten Leitartikel vom 19. Mai 1885 mit den Worten: „So möge denn das kleine Schriftchen Schwalb's dem Leserkreise diese Zeitung empfohlen sein, namentlich aber allen denen, die durch ihre Stellung auf die künftige Gestaltung des wichtigsten Werkes in unserer Literatur Einfluß haben.

Schwalb, Zur Beleuchtung des Stöcker-Mythus. Ein freies Wort.

Motto: „Lassen Sie sich nur nicht zu dem Irrthum verführen, daß man irgend etwas glauben muß, weil es öffentlich gesagt und tausendmal gedruckt wird. Die Frösche quaken auch sehr laut und haben doch eigentlich gar nichts Geistreiches zu sagen“.
(Stöcker. „Christl.-Sozial“ S. 52.)

Drei Bogen 8°. 1. und 2. Auflage. Preis 1 Mk.

Historische und politische Aufsätze

von

Dr. Hans Delbrück,

Professor der Geschichte an der Universität Berlin,
Mitglied des Reichstages.

Inhalt.

Ca. 20 Bogen gr. 8°. Preis Mk. 6 brochirt,
Mk. 7,50 gebunden.